

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen und
Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Ach, diese Lücke, diese entsetzliche Finanzierungslücke – Hamburgs
Hochschulen in einer Zeit ohne Haushaltsgrundlage unterstützen**

Mit dem Jahreswechsel droht Hamburgs Hochschulen ein Sturz ins finanzielle Ungewisse. Denn Ende 2020 folgt auch der Wegfall eines gültigen Haushalts und von Wirtschaftsplänen als finanzpolitische Handlungsgrundlage der Wissenschaftsinstitutionen. Grundlage des Problems ist eine Verzögerung der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2021/2022. Die Pandemie stellt uns als parlamentarischen Betrieb nachvollziehbarer Weise alle vor Herausforderungen und fordert flexible Lösungsstrategien. Verzögerungen in gewohnten Prozessen sind deshalb nachvollziehbar. Es ist jedoch nicht hinzunehmen, dass die Konsequenzen dieser Verzögerungen auf dem Rücken der Hochschulen und ihrer Mitglieder ausgetragen werden. Auch einen Monat vor Haushaltsende gibt es keine rechtsverbindliche Haushalts- und damit auch keine Planungsgrundlage für die wissenschaftlichen Einrichtungen unserer Stadt. Eine besondere Dramatik ergibt sich in dieser Situation aus der Tatsache, dass die jahrzehntelange strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbereich bedingt. Aktuell stehen besonders befristete Beschäftigte vor der Frage, wie es ab Januar weiter gehen soll. Dazu zählen in Hamburg nicht nur studentische Hilfskräfte, Angestellte im Mittelbau und der Verwaltung sondern mittlerweile sogar auch Professoren/-innen. An der HafenCity Universität zum Beispiel laufen in der nächsten Zeit die Verträge von Professoren/-innen aus, von denen einige über das Professorinnenprogramm zustande gekommen sind. Hier gilt es trotz der verschobenen Haushaltsberatungen zeitnah sichere Perspektiven zu schaffen. Befristete Arbeitsverhältnisse gehen untrennbar mit Existenzsorgen der Beschäftigten einher. Diese Arbeitsbedingungen schränken eine langfristige und nachhaltige Arbeit in Wissenschaft und Lehre massiv ein. Dass der Senat die Axt an die Hochschulfinanzierung legt, ist dabei nichts Neues. Viel mehr drückt sich dies aktuell auch in den Konflikten rund um die Hochschulvereinbarungen aus, bei denen sich die BWFGB beharrlich weigert, die Realität der Kostenschere und der massiven Finanzierungslücken anzuerkennen. Diese grundsätzliche Konfliktlage muss im Sinne der Hochschulen aufgelöst werden. Ein erster Schritt dabei ist es, die aktuellen Unsicherheiten rund um die fehlende Wirtschaftsgrundlage zu beheben.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. umgehend eine rechtssichere Verlängerung aller befristeten Stellen im Hochschulbereich um mindestens ein halbes Jahr, in jedem Fall aber um die Dauer der Haushaltsverhandlungen vorzunehmen,

2. entsprechende vorläufige Wirtschaftspläne für alle Hamburger Hochschulen zu erlassen. Der Finanzierungsrahmen ist dabei so umfangreich zu gestalten, dass die Hochschulen in keinem Bereich Einsparungen vornehmen müssen und zudem in die Lage versetzt werden, absehbare Kostensteigerungen (Tarifsteigerungen, Inflation und ähnlich) direkt auszugleichen,
3. eine entsprechende vorläufige Inkraftsetzung der Stellenpläne vorzunehmen,
4. spätestens bis zum 23.12.2020 eine schriftliche Verlängerungszusage im Sinne von 1. an alle befristeten Beschäftigten im Hochschulbereich zu kommunizieren,
5. der Bürgerschaft bis zum 13.01.2021 über seine Bemühungen zu berichten.